



Foto: Stockphoto

## PSYCHOTHERAPIE IN DER DDR

# Die Opfer leiden, die Täter verschwinden

Zahlreiche Menschen wurden in der DDR politisch verfolgt. Die Opfer leiden heute noch unter den Folgen.

**D**ie DDR ist verschwunden, die Leiden vieler Opfer sind es nicht. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie, die an der Universität Leipzig und der FH Mittweida-Roßwein durchgeführt wurde. Ihr liegen zwei Befragungen mit ehemaligen politischen Gefangenen der DDR im durchschnittlichen Alter von 65 Jahren zugrunde. Die Mehrzahl der Befragten hatte während der Inhaftierung Haftverschärfung (77 Prozent), Misshandlungen (73 Prozent) und psychischen Druck (63 Prozent) erleiden müssen. 56 Prozent war Hilfe verweigert worden, 33 Prozent waren Todesdrohungen (auch stellvertretend) ausgesetzt gewesen. Dies wirkte sich nach Meinung der Befragten hauptsächlich auf „Seele/Gemüt“ in Form von Depressionen, Angstzuständen und Alpträumen aus. Aber auch viele Organe und Körperteile wurden in Mitleidenschaft gezogen. Beispielsweise wurden die Zähne geschädigt, was die Befragten

auf Mangelernährung, schlechte Hygiene und mangelhafte zahnärztliche Versorgung während der Haft zurückführten. Schädigungen der Gelenke und der Wirbelsäule sowie Schmerzen und Beeinträchtigungen beim Gehen wurden mit schwerer körperlicher Arbeit und schlechten Haftbedingungen in Verbindung gebracht. Die medizinische Betreuung war aus Sicht der meisten Befragten unzureichend.

### Verfolgungen und Haft haben Karrieren vernichtet

Heute leiden viele Befragte immer noch unter den Folgen der Haft. Zwei Fünftel sind von psychischen und Verhaltensstörungen betroffen, ein Fünftel berichtet von Krankheiten des Verdauungssystems und des Muskel-Skelett-Systems. Im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung treten vor allem Ängstlichkeit, Depressivität und posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) deutlich häufi-

ger auf. Den meisten Befragten bereitet es viel Mühe, die politische Haft zu verarbeiten. Im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung berichten die ehemals politisch Inhaftierten von einer geringeren Lebensqualität allgemein. Sie empfinden sich als körperlich weniger leistungsfähig als die Allgemeinbevölkerung und klagen darüber hinaus vermehrt über chronische Erschöpfung, Übelkeit/Erbrechen, Schmerzen und Kurzatmigkeit, Schlafstörungen, Appetitlosigkeit, Verstopfung oder Durchfall sowie über mehr finanzielle Schwierigkeiten, was unter anderem darauf zurückgeführt werden kann, dass durch Verfolgungen und Haft Karrieren gestoppt beziehungsweise vernichtet wurden. Auch die Familien der Betroffenen sind durch die Symptome der Auswirkungen der Haftzeit indirekt betroffen, allerdings ist das Ausmaß nicht genau bekannt. Ferner gibt es Hinweise, dass die ehemals politisch Inhaftierten deutlich häufiger als die Allgemeinbevölkerung Stimulanzien und Präparate gegen Bluthochdruck konsumieren. Ob sie das Gesundheitssystem stärker beanspruchen als die Allgemeinbevölkerung, konnte nicht eindeutig geklärt werden. „Besonders starke psychosoziale Belastungen weisen die Altersgruppe der heute 50- bis 59-Jährigen und die Gruppe der Erwerbsunfähigkeitsrentner auf“, so die Autoren der Studie. Da beide Gruppen als Risikogruppen für psychosoziale Belastungen einzuschätzen sind, sollten sie nach Meinung der Autoren in Beratungsstellen für Diktaturoperfer besondere Beachtung finden.

Dass die Folgen politischer Haft zum Teil lange anhalten, bestätigt der Diplom-Psychologe und Psychotherapeut Stefan Trobisch-Lütge von der Berliner Beratungsstelle „Gegenwind“. In seinem Buch „Das späte Gift – Folgen politischer Traumatisierung und ihre Behandlung“ schildert er anhand von Fallbeispielen, dass sich viele Opfer von politischer Verfolgung und Haft auch heute noch kontrolliert und verfolgt fühlen und keinem Menschen mehr vertrauen. Manche haben sich völlig zurückgezogen, verachten sich selbst oder machen sich Vorwürfe, dass sie sich nicht genügend gewehrt hätten.

Die Verarbeitung des Erlebten gestaltet sich schwierig, weil die Betroffenen immer wieder mit ihren ehemaligen Peinigern und Aspekten ihrer Traumata konfrontiert werden. Ein Grund dafür ist, dass die Täter im wiedervereinigten Deutschland bisher nicht konsequent verfolgt wurden, teilweise unbelangt blieben und sich manche heute in führenden Positionen befinden. Darüber hinaus beklagen die Opfer der SED-Diktatur mangelnden Respekt, Unrecht empfinden und Missachtung ihres Schicksals durch die Gesellschaft.

### Täter werden zu selten zur Rechenschaft gezogen

Letzteres kommt auch in der erwähnten Studie zum Ausdruck. Danach leiden die ehemals politisch Inhaftierten unter dem fehlenden Respekt in der Öffentlichkeit ihnen gegenüber, während die Täter zu selten zur Rechenschaft gezogen werden und zunehmend aus der öffentlichen Wahrnehmung „verschwinden“, weil über sie und ihre Taten kaum noch gesprochen wird und man stattdessen versucht, zum Alltag überzugehen. Die Autoren sehen hier Parallelen zur defizitären Aufarbeitung der NS-Diktatur in den ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschland. Auch damals gingen die gesellschaftliche Auseinandersetzung und die Verdrängung zulasten der Opfer, und die Täter „verschwanden“ weitgehend aus dem öffentlichen Bewusstsein. Hinzu kommt, dass sich die Verantwortlichen und (Mit-)Täter der SED-Diktatur zumeist keinerlei Schuld bewusst sind oder ihre Taten mit gesellschaftlichen Zwängen und politischen Ideologien rechtfertigen.

Die Gesellschaft hat in vielen Fragen, die den Umgang mit den Opfern, Tätern und Verbrechen der SED-Diktatur angehen, nach Meinung der Autoren noch keine definitive Position gefunden. Während es im Hinblick auf die NS-Vergangenheit sofort zu Empörung und Sanktionen kommt, wenn sich jemand diesbezüglich „im Ton vergreift“, und es darüber hinaus strafrechtlich definierte Tatbestände gibt, trifft dies auf die Verbrechen der SED-Diktatur nicht im gleichen Maße zu. Nach Angaben der Autoren sei es zwar nicht

ausgeschlossen, dass die SED-Diktaturverbrechen bei fortgesetzter Diskussion begründet abgelehnt werden, dennoch vermuten sie, dass dies nicht in absehbarer Zeit geschehen wird. Damit befinden sich die Opfer weiterhin in einem moralisch-politischen Niemandsland, selbst dann, wenn sie – strafrechtlich gesehen – rehabilitiert sind.

Trotz der offensichtlichen psychischen und körperlichen Langzeitschäden suchen sich viele Opfer keine Hilfe. Das lag lange Zeit an fehlenden Beratungs- und Hilfsangeboten, allerdings hat sich die Situation mittlerweile verbessert. Einige Stiftungen, Vereine, Verbände, Selbsthilfegruppen und Beratungsstellen bieten zumindest Informationen, Hilfen und Gesprächsmöglichkeiten an (s. *Kasten*). An Spezialisten und Einrichtungen mit speziellen psychotherapeutischen Angeboten für Opfer der SED-Diktatur herrscht jedoch immer noch ein eklatanter Mangel. Ein weiterer Grund für die

seltenen Inanspruchnahme von Hilfeleistungen sind Scheu, Scham und die verständliche Angst, sich mit den traumatisierenden Ereignissen erneut zu konfrontieren, selbst wenn der Leidensdruck hoch ist. Allein die Auseinandersetzung mit formaljuristischen Anforderungen ist schon belastend genug. Sich dann auch noch einzugestehen, dass man vielleicht einen „seelischen Knacks“ erlitten hat, ist aber für manchen offenbar zu viel. Darüber hinaus werden die psychischen Folgen der Inhaftierung von vielen Betroffenen als „zwangsläufiges Übel“ hingegenommen, ohne zu wissen, dass es sich um Erkrankungen handelt, die behandelt werden können.

Nach Meinung von Experten ist damit zu rechnen, dass zu denjenigen Opfern, die heute immer noch unter den Folgen der SED-Diktatur leiden, auch Opfer kommen, bei denen sich Traumasymptome erst nach Jahrzehnten zeigen werden. Zudem ist zu berücksichtigen, dass auch Familienangehörige betroffen sein können und Traumata sich auf nachfolgende Generationen übertragen können. Mit einer Zunahme der Zahl direkt oder indirekt traumatisierter Opfer der SED-Diktatur ist also zu rechnen. Umso notwendiger erscheint es, die Forderungen der Opfer nach einer angemesseneren Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und nach Ausweitung spezifischer, therapeutischer Hilfsangebote zu unterstützen. ■

Dr. phil. Marion Sonnenmoser

## INFORMATIONEN

Hilfe für Opfer der SED-Diktatur:

- Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) e. V. (Berlin), [www.uokg.de](http://www.uokg.de), Magazin „Der Stacheldraht“
- Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) e. V. (Berlin), [www.vos-ev.de](http://www.vos-ev.de), Zeitschrift „Freiheitsglocke“
- Bund der Stalinistisch Verfolgten (BSV) e. V. (Berlin), [www.geocities.com/capitolhill/congress/4466/index.html](http://www.geocities.com/capitolhill/congress/4466/index.html)
- Stiftung für ehemalige politische Häftlinge (Stiftung HHG) (Bonn), [www.stiftung-hgg.de](http://www.stiftung-hgg.de)
- Stiftung „Sächsische Gedenkstätten“ (Dresden), [www.stsg.de](http://www.stsg.de)
- Bundesstiftung „Aufarbeitung“ (Berlin), [www.stiftung-aufarbeitung.de](http://www.stiftung-aufarbeitung.de)
- Help e. V. – Hilfsorganisation für die Opfer politischer Gewalt in Europa (Berlin), [www.help-ev.de](http://www.help-ev.de)
- Gegenwind – Beratungsstelle für politisch Traumatisierte der DDR-Diktatur (Berlin), [www.beratungsstelle-gegenwind.de](http://www.beratungsstelle-gegenwind.de)
- Bürgerbüro – Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur (Berlin), [www.buergerbuero-berlin.de](http://www.buergerbuero-berlin.de)
- Diktatur Folgen Beratung – Die Psychosoziale Beratung für Betroffene von Systemunrecht und Gewaltherrschaft in der SBZ/DDR (Schwerin), [www.diktatur-folgen-beratung.de](http://www.diktatur-folgen-beratung.de)

Internet:

[www.stasiopfer.de/www.stasiopfer.com](http://www.stasiopfer.de/www.stasiopfer.com)  
[www.stasiopfer-selbsthilfe.de](http://www.stasiopfer-selbsthilfe.de)  
[www.stasiopfer-rente.de](http://www.stasiopfer-rente.de)

## LITERATUR

1. Pfüller M, Beer K, Weißflog G: Gesundheitliche und soziale Folgen politischer Inhaftierung in der SBZ/DDR. Abschlussbericht an die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Berlin 2009.
2. Trobisch-Lütge S: Das späte Gift. Folgen politischer Traumatisierung in der DDR und ihre Behandlung. Gießen: Psychosozial 2004.

Der Bericht „Gesundheitliche und soziale Folgen politischer Inhaftierung in der SBZ/DDR“ kann kostenfrei angefordert werden von Gregor Weißflog, Universität Leipzig, Abteilung Sozialmedizin, Telefon: 03 41/97-1 54 15, E-Mail: [Gregor.Weissflog@medizin.uni-leipzig.de](mailto:Gregor.Weissflog@medizin.uni-leipzig.de)